

PRESSEAUSSSENDUNG: SP Tirol verliert jegliche Sozialkompetenz. Für NR-Abgeordneten DDr. Werner Königshofer war der Schneider-Rücktritt eine logische Konsequenz (7. April 2010)

Angesichts des zunehmenden Verlustes an Sozialkompetenz in der Tiroler SPÖ war der Rücktritt des Tiroler ÖGB-Chefs Gerhard Schneider eigentlich nur eine logische Konsequenz, analysiert der Tiroler FP-Nationalratsabgeordnete DDr. Werner Königshofer die jüngste personelle Selbstamputation bei den heimischen Sozialisten.

„Einige Eckpfeiler der roten Politik im Lande lassen darauf schließen, dass sich speziell die Tiroler SPÖ von wahrer humaner Sozialpolitik verabschiedet und jegliche soziale Kompetenz eingebüßt hat,“ meint Königshofer, der das Erosionsproblem der Linken in der Trägheit und Machtversessenheit ihrer Führungsfiguren ortet. Das Sprichwort, wonach der Fisch am Kopf zu stinken beginnt, gelte auch für den roten Haifisch.

Spätestens 2003, als die roten Tiroler Landesregierungsmitglieder Prock und Gangl das Taschengeld für Waisenkinder in Internaten und Heimen strichen, habe die Verabschiedung von echter Sozialkompetenz eingesetzt, erinnert Königshofer. Obwohl die Pensionsversicherung ausdrücklich auf die Unrechtmäßigkeit dieser Maßnahme hinwies und nicht bereit war, die gesamte Waisenrente an die Landesregierung zu überweisen, habe die SP Tirol auf ihrem irrigen Standpunkt beharrt und die separate Überweisung des 20prozentigen Taschengeldanteiles verlangt. Königshofer: „Wie mag sich da manche Mutter gefühlt haben, die nach dem Tod des Kindesvaters mehrere Buben oder Mädchen in Internaten unterbringen musste. Oder gar Vollwaisen, die überhaupt keine Eltern mehr hatten, die für sie eintreten konnten. Hier wurde von Prock und Gangl den Ärmsten der Armen, den Waisenkindern, das Taschengeld weggenommen.“

Als in der Folge dem Verein TAFIE (Tiroler Arbeitskreis für integrative Entwicklung) jegliche Subventionen und Förderungen gestrichen wurden, redeten sich die verantwortlichen SP-Politiker auf Unzuständigkeiten und Inkompetenzen hinaus. Was für Königshofer den Nagel auf den Kopf trifft: „Ja, inkompetent sind die Herrschaften wirklich, wenn es darum geht, hilfsbedürftigen Menschen unter die Arme zu greifen. Ihnen scheinen nur ihre politischen Posten und die damit verbundenen Pfründe wichtig zu sein.“ Als Ministranten der Tiroler ÖVP machen die Tiroler Sozialisten jedoch eine immer schlechtere Figur, was auch der nunmehr zurückgetretene Tiroler ÖGB-Chef Gerhard Schneider bestätigt habe.

Im selben Fahrwasser bewegen sich übrigens bundespolitische Ungeheuerlichkeiten bei ÖBB und Kommunalkredit. Königshofer: „Die ÖBB legten für 2008 eine Bilanz, die einen Verlust von sage und schreibe 966 Millionen EUR, also 13,3 Milliarden Schilling, auswies. Die soziale Kompetenz der Infrastrukturministerin Doris Bures bestand darin, in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat, den Spitzenmanagern und damit auch Spitzenverdienern der ÖBB Bonifikationen in Höhe von 4 Millionen EUR auszubezahlen, während gleichzeitig eine Anhebung der Bahntarife von durchschnittlich 4,9 Prozent beschlossen wurde. Dies traf in erster Linie Pendler, welche auf die Bahn angewiesen sind, um zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen. Unsozialer könnte ein Raubtierkapitalist auch nicht handeln.“

Damit nicht genug: Die Kommunalkredit Austria AG habe notverstaatlicht werden müssen, weil sie sonst insolvent geworden wäre. Mittlerweile habe der Steuerzahler Gelder in Milliarden-Euro-Höhe aufwenden müssen, um diesen Banken-Zombie künstlich am Leben zu erhalten. Diese Notabnabelung habe die ehemalige Mutterbank ÖVAG so schwer in Mitleidenschaft gezogen, dass diese 1 Milliarde EUR an staatlichem Partizipationskapital beanspruchen musste. Die nachhaltige monetäre Anämie der ÖVAG habe im letzten Geschäftsjahr zu Milliardenverlusten geführt, sodass die vereinbarte Dividende von 9,3 Prozent – also 93 Millionen EUR – nicht an den Finanzminister gezahlt werden konnte und somit in den Kamin geschrieben werden musste. Eine Nachzahlung gibt es nicht, so haben es sich laut Königshofer die Banken ausverhandelt. Wer war schuld an diesem Desaster? Königshofer: „Die Kommunalkredit-Vorstände Dr. Reinhard Platzer und Dr. Claudia Schmied (von 2004 bis 2007) hatten beschlossen, billige Kredite aufzunehmen und mit diesem Geld, ähnlich wie bei der BAWAG, in der Karibik zu spekulieren. In der Vorstandszeit von Dr. Claudia Hase-Weiß-Von-Nichts, damals Schmied, wurden steuerschonend über Zypern riesige Spekulationsvolumina bis zu 16 Milliarden EUR aufgebaut. Im Zuge der Finanzkrise brachen die Karibikanlagen massiv ein, Refinanzierungen konnten nicht mehr bedient werden und so war der Weg in die Pleite vorgezeichnet. Wo bleibt nun Schmidts Verantwortung, wie sie sowohl von Bundeskanzler Faymann als auch von Bundespräsident Fischer lauthals von Verantwortlichen eingefordert wurde? Die Antwort ist Schweigen beziehungsweise ein Pensionsvertrag für die gute Dame in Höhe von 304 Tausend EUR jährlich, also 21.715 EUR monatlich, 14 Mal im Jahr. Ist das politische Verantwortung oder soziale Kompetenz?“

„Die Bürger dieses Landes sehen schon lange, was gespielt wird, auch wenn man noch so sehr versucht, ihnen Sand in die Augen zu streuen“, diagnostiziert Königshofer. Parteien wie die SPD in Deutschland, die ihrem eigenen Volk so etwas wie Hartz IV antut, sowie die SPÖ in Österreich, die ihr soziales Gewissen längst an der Garderobe der Machtgeilheit abgelegt hat, brauchen sich nicht zu wundern, dass Wähler in Scharen davonlaufen und einstige Großparteien heute in Bedeutungslosigkeit versinken.